

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 9

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband und mit ihnen die gesamte schweizerische Arbeiterschaft haben am 10. September einen schweren Verlust erlitten. An diesem Tag starb völlig unerwartet an einem Herzschlag Nationalrat *Arthur Steiner*. Er hatte in Lausanne an einer Sitzung der nationalrätslichen Zolltarifkommision teilgenommen, sich noch lebhaft an der Debatte beteiligt und den Abend in geselligem Kreis von Parteifreunden zugebracht. Am andern Morgen fand man ihn entseelt im Bett seines Hotelzimmers. Der Tod hatte ihn im Schlaf ereilt. Die große Trauerkundgebung, die darauf in Bern stattfand und an der eine Reihe von Freunden und Kollegen Persönlichkeit und Lebenswerk des Dahingegangenen würdigten, war ein ergreifendes und eindrucksvolles Zeugnis für das Ansehen, die Verehrung und Freundschaft, die Arthur Steiner weit über seinen Metall- und Uhrenarbeiterverband hinaus in der ganzen Arbeiterschaft, aber auch in den führenden Kreisen der schweizerischen Wirtschaft besaß. Arthur Steiner war ein Mann von eigener, urwüchsiger Kraft. Seinen Weg vom einfachen Feinmechaniker zum führenden Mann der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung hat er sich selber erarbeitet. Angriffige Intelligenz und Tatkraft, ungewöhnliche Fähigkeit in der Realisierung schöpferischer Ideen, Verantwortungsfreude und Treue zur einmal gewonnenen Überzeugung kennzeichneten ihn, führten ihn in der Gewerkschaftsbewegung von Stufe zu Stufe und verschafften ihm schließlich auch bei den Wirtschaftspartnern Achtung und Wertschätzung. Er war im Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband der würdige Nachfolger Konrad Ilgs und im Schweizerischen Gewerkschaftsbund derjenige Robert Bratschis. Wie diese beiden Männer stand er unbeirrt auf dem Boden der Demokratie und war im Innersten davon überzeugt, daß es im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen Landes liege, die sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart auf dem Wege des Rechtes, der einsichtsvollen Verständigung und der Vertragstreue zu lösen. Am seinerzeitigen Zustandekommen des «Friedensabkommens» in der Metallindustrie war er wesentlich beteiligt, und er hat diesem Gedanken der privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Treue gehalten. Dabei war er durchaus kein bequemer Verhandlungspartner. Er hielt mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg zurück, und zäh verteidigte er die Rechte der Arbeiter. Er galt als ein Mann, auf dessen Wort man sich verlassen konnte und der seine

Abmachungen hielt. Das nötigte auch dem Gegner Respekt ab. In den eigenen Reihen hatte er es nicht immer leicht, den Vertragsgedanken durchzusetzen. Aber die Arbeiter spürten, daß er einer der ihnen geblieben war, der ihre Nöte kannte, das Beste für sie wollte und der vor allem auch ihre Sprache redete, die sie verstanden. Farblose Theoretisiererei war ihm völlig fremd; die kompliziertesten Dinge wußte er einfach und klar, saftig und bildhaft zu erläutern und mit einem gehörigen Schuß von Humor und mit originellen Formulierungen seine Sache in Wort und Schrift zu verfechten. Überzeugt von der Aufgabe der Gewerkschaften, hat er sich in den Verhandlungen mit den Unternehmern wie in Expertenkommissionen und im Parlament energisch und mit großer Sachkenntnis eingesetzt für die Beibehaltung der Preiskontrolle, für eine fortschrittliche Revision des Bundesgesetzes über den Gesamtarbeitsvertrag und dessen Allgemeinverbindlicherklärung, für den Ausbau des Kranken- und Unfallversicherungswesens, für Arbeitsbeschaffungsreserven, für eine gerechte Neuordnung der Bundesfinanzen, für die wirtschaftliche Kriegsfürsorge und für eine wirksame Landesverteidigung. Sein Tod hat in den führenden Gremien der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung eine klaffende Lücke gerissen, die schwer zu schließen sein wird.

Schmerzlich muß besonders der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband den Verlust Arthur Steiners empfinden, da er mit ihm den entschiedensten Streiter im gegenwärtigen Kampf gegen die *Landesring-Initiative zur Einführung der 44-Stunden-Woche* verlor. Diese Initiative wurde von ihm abgelehnt, nicht etwa weil er gegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit gewesen wäre, sondern weil er der Überzeugung war, daß diese Frage besser im Rahmen der Gesamtarbeitsverträge statt durch die staatliche Gesetzgebung geregelt werde. Hierüber gehen innerhalb der Gewerkschaften selber die Meinungen stark auseinander. Die Gegner machen geltend, daß die Landesring-Initiative nur die dem Fabrikgesetz unterstellten Arbeiter erfasse, die übrigen 700 000 Arbeitskräfte aber leer ausgingen. Für diese Arbeitnehmer bliebe nur der Weg des Vertrages. Auch sei die vorgesehene Übergangszeit von nur einem Jahr zu kurz. Ferner bringe die Initiative keinen Lohnausgleich, und schließlich ändere sie nur den Artikel 40 des Fabrikgesetzes (Normalarbeitszeit), aber nicht den Artikel 41, der dem Bundesrat das Recht gibt, effektive Arbeitszeiten bis zu 52 Stunden zu bewilligen. Die Befürworter unter den Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß man es weitherum in der Arbeiterschaft nicht verstehen würde, wenn die Gewerkschaften, die seit Jahrzehnten den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt hätten, jetzt eine Initiative für die Einführung der 44-Stunden-Woche ablehnen wollten. Auch bei der seinerzeitigen Einführung des Achtstundentages habe man ins Gesetz keine Lohngarantien aufgenommen.

men. Diese Garantien seien in den Gesamtarbeitsverträgen enthalten; ihr realer Wert sei von verschiedenen Faktoren abhängig, nicht zuletzt von der Kraft und Größe der Berufsorganisationen. Eine gesetzliche Beschränkung der Wochenarbeitszeit auf 44 Stunden werde dazu dienen, das von den Gewerkschaften bisher Erkämpfte im Gesetz zu verankern und damit zu sichern. Dadurch werde kein Vertrag entwertet oder überflüssig gemacht. Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit sei angesichts der gewaltigen technischen Entwicklung, der stark gesteigerten Produktivität und der zunehmenden Arbeitsintensität eine dringende soziale Notwendigkeit. Diese gegensätzlichen Meinungen widerspiegeln sich in der Stellungnahme der einzelnen Gewerkschaftsverbände. Einige von ihnen haben bereits mit starken Mehrheiten sich für die Initiative ausgesprochen, andere lehnen sie ab. Am 20. September hat der Ausschuß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mit 80:35 Stimmen beschlossen, die Landesring-Initiative zur Verwerfung zu empfehlen. Ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde mit 70:44 Stimmen abgelehnt. Der Parteidag der SPS wird am 4. und 5. Oktober zu dieser Frage Stellung nehmen.

Zum Schluß verdient in unserer Inlandchronik vermerkt zu werden, daß die Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit, die *Saffa* 1958, am 16. September nach zweimonatiger Dauer ihre Tore geschlossen hat. Es war ihr ein großer Erfolg beschieden. Die Ausstellungsleitung und ihre zahlreichen Helferinnen haben es ausgezeichnet verstanden, einen interessanten Querschnitt aus der großen Arbeit der Schweizer Frauen zur Darstellung zu bringen. In Einzelheiten hat das eine und andere zur Kritik herausgefordert, aber im ganzen gesehen, verdient diese zweite große Frauenausstellung hohes Lob. Allgemeine Anerkennung fand besonders die aufgelockerte Anordnung der Hallen und des Ausstellungsgutes. Der Besucher wurde nicht ermüdet durch langweilige, schulmeisterliche Belehrungen, sondern es empfing ihn in den meisten Hallen eine frohgestimmte Atmosphäre. Zu dieser Heiterkeit, die über der ganzen Ausstellung lag, trugen nicht wenig die unvergleichliche Lage am See, die vielen Ruheplätze und die entzückende Gartengestaltung bei. Das schöne Sommerwetter tat noch ein übriges, um einen großen Besucherstrom anzulocken. So dürfen die Frauen auch mit dem finanziellen Ergebnis recht zufrieden sein. 1,8 Millionen bezahlte Eintritte wurden registriert, Ausstellungs- und Sesselbahn florierten, 17 Kantonaltage und andere Sonderveranstaltungen wiesen Massenbeteiligung auf, und ein Drittel der Ausstellungsbesucher gar waren Männer. Hoffentlich kehrten sie alle so beeindruckt von der Tüchtigkeit der schweizerischen Frauenarbeit nach Hause, daß ihre Freude und Genugtuung darüber noch anhält, wenn es gilt, demnächst an der Urne unseren Frauen endlich auch die politische Gleichberechtigung zu verleihen.

P. S.

Außenpolitik

Mit der einstimmigen Annahme der Resolution der arabischen Staaten durch die außerordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen schien die *Spannung im Nahen Osten* nachgelassen zu haben. In dieser Resolution wurde der Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld, beauftragt, den Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Libanon und der englischen Truppen aus Jordanien vorzubereiten. Seine Aufgabe war besonders schwierig, denn die Verbrüderung der arabischen Staaten war von kurzer Dauer, und die Radiopolemiken und -angriffe begannen von neuem. Der Präsidenten- und Regierungswechsel im Libanon vom 23. September wird wahrscheinlich eine interne Beruhigung zur Folge haben, die den Rückzug der amerikanischen Truppen ermöglichen wird. Die Lage in Jordanien ist aber immer noch gespannt, da das Regime des Königs Hussein nicht lebensfähig ist und sich nur mit Polizeigewalt und ausländischer Unterstützung halten kann.

Hammarskjöld beantragt der tagenden Generalversammlung der UNO, die angelsächsischen Truppen durch Beobachter der UNO in Jordanien, im Libanon und in Syrien zu ersetzen. Er hat die Zustimmung der betreffenden Regierungen erhalten.

Die Fortsetzung und Verschärfung des algerischen Unabhängigkeitskrieges erschwert eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und dem Westen. Amerika und Großbritannien sind in der NATO mit Frankreich solidarisch verbunden und können nicht zugunsten der von der Arabischen Liga unterstützten algerischen Rebellen Stellung nehmen. Tunesien und Marokko haben sich der Liga angeschlossen. In Kairo haben die algerischen Rebellen *eine algerische Regierung* gebildet, die von sämtlichen arabischen Regierungen anerkannt wurde. Auch Tunesien und Marokko haben diese Regierung anerkannt, was ihre Beziehungen zu Frankreich schwer belastet. Marokko verlangt von Frankreich die Räumung des Landes durch die französische Armee und von den Vereinigten Staaten die Liquidierung der amerikanischen militärischen Flugplätze.

Kaum war im Nahen Osten eine gewisse Entspannung erreicht, als im *Fernen Osten eine neue akute Krise* begann. Die Truppen von Mao Tse-tung bombardieren die Küsteninseln Quemoy und Matsu, die von den Truppen Chiang Kai-Sheks noch besetzt sind und den Handelsverkehr wichtiger Häfen Rotchinas beherrschen und ständig stören.

Das kommunistische China fühlt sich isoliert. Die Verhandlungen der russischen Regierung mit den Großmächten des Westens zur Vorbereitung einer Konferenz auf höchster Ebene haben diese Isolierung besonders kräftig zum Ausdruck gebracht. China hatte an der Genfer Gipfelkonferenz von 1954 eine große Rolle gespielt. Es handelte sich damals um den Waffenstill-

stand in Korea und Indochina. Auch an der Konferenz von Bandung hatte China im Kampf gegen den Kolonialismus eine führende Stellung eingenommen.

Die neue Gipfelkonferenz jedoch sollte ohne die Anwesenheit Chinas stattfinden, und, falls sie im Rahmen des Sicherheitsrates der UNO durchgeführt worden wäre, sogar in Anwesenheit von Nationalchina! Mao Tsetung rief deshalb Chruschtschow nach Peking, und dieser wollte nach seiner Rückkehr nichts mehr von der so heiß ersehnten Gipfelkonferenz wissen. Die Bombardierung von Quemoy und Matsu ist die Visitenkarte Rotchinas für Teilnahme an den internationalen Besprechungen. In einer Welt, die nur Gewalt und Macht achtet und respektiert, hat diese militärische Sprache sofort Gehör gefunden. Die Vereinigten Staaten haben der Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Rotchina, die in Genf nach jahrelangen Besprechungen abgebrochen worden waren, unverzüglich und bedingungslos zugestimmt. Sie finden in Warschau statt. Die Bombardierung der Küsteninseln und die kriegerischen Vorbereitungen und Handlungen in der Meerenge von Formosa sind aber eine gefährliche Begleitmusik für diese Friedensverhandlungen. Die Vereinigten Staaten, die diese Inseln als strategisch unbedeutend erklärt hatten, machen aus ihrer Verteidigung eine Prestigefrage und betonen ihre volle Solidarität mit den Nationalchinesen. Die Sowjetunion ihrerseits verspricht für den Fall eines Angriffs von seiten Amerikas die volle Unterstützung Rotchinas. Werden wir wegen zwei kleinen unbedeutenden Inseln an der Küste Chinas einen dritten Weltkrieg mit Atomwaffeneinsatz erleben? Der Unsinn der jetzigen Machtpolitik der Großmächte kann nicht besser demonstriert werden. Quemoy und Matsu gehören geographisch und politisch zu Kontinentalchina, das haben selbst die konservativen Regierungen Englands seit Jahren anerkannt. Das Schicksal von Formosa sollte durch ein Plebisitz der Einwohner entschieden werden. Aber in den Vereinten Nationen sollte der Sitz der chinesischen Nation, mit ihren 700 Millionen Einwohnern, endlich an Rotchina übergehen. Die Engstirnigkeit und die krankhafte Sturheit, die Herr Dulles in dieser Frage an den Tag legt, wirken direkt verbrecherisch und schaden dem Ansehen und der Autorität der UNO, in der Chiang Kai-Shek, mit Unterstützung der Vereinigten Staaten, als Großmacht einen ständigen Sitz mit Vetorecht im Sicherheitsrat behält. Er vertritt einzig sich selbst und seine von Amerika bewaffnete Armee. Die Aufnahme Rotchinas in die UNO würde dem Weltfrieden dienen.

In Frankreich und in den französischen Kolonien wird das Volk am 28. September *durch ein Plebisitz das persönliche Regime de Gaulle annehmen oder ablehnen*. Die Kapitulationspolitik der alten «republikanischen» Parteien gegenüber der Meuterei und den Putschdrohungen der algerischen

Offiziere geht weiter. Die Mehrheit der Radikalen, der Sozialisten und der Katholiken hat beschlossen, mit den Faschisten der Wohlfahrtsausschüsse und mit den reaktionären Offizieren der neuen autoritären Verfassung de Gaulles zuzustimmen. Die Minderheit der Sozialistischen Partei SFIO beschloß, um die Ehre der Demokratie und des Sozialismus zu retten, ihre Freiheit zu behalten, gegen die Verfassung und das Regime de Gaulle Propaganda zu machen und dagegen zu stimmen. Sie hat die Partei verlassen und eine neue «Autonome Sozialistische Partei» gegründet, die gegen die Kapitulationspolitik von Guy Mollet und seiner Mehrheit an die Sozialistische Internationale appellieren wird.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Die *Atomdebatte* geht weiter. Trotz Hohn und seelischem Druck seitens der «Realpolitiker», trotz manchen Vernebelungsversuchen von Philosophen oder Theologen, die leugnen wollen, daß es hier um eindeutige Entscheidungen geht, erheben sich in immer größerer Vielfalt der Argumentation die Stimmen der Warner und Mahner. Das ist gut so; denn wer weiß, wie lange es noch möglich ist?

Auf diesen bisher zuwenig beachteten Gesichtspunkt – *die Gefährdung der Freiheit durch die Atomrüstung* – weist sehr nachdrücklich Robert Jungk hin. In einem Artikel, der unter anderm in der «Gesamtdeutschen Rundschau» (Nr. 34) und in der sozialdemokratischen Wochenzeitung «Vorwärts» (Nr. 34) abgedruckt wurde, heißt es unter anderm:

«Sobald ein Land nuklear aufzurüsten beginnt, zeigen sich fast sofort bestimmte politische und seelische Nebenwirkungen von größter Tragweite. Dies läßt sich jetzt bereits an Ländern wie Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik beobachten. Wer Kernwaffen in seine Rüstung einführt, muß in erhöhtem Maß auf strikteste Geheimhaltung sehen. Es bildet sich sofort eine neue Kaste von ‚Geheimnisträgern‘ heraus. Sie muß zur Abschirmung ihrer ‚Geheimnisse‘ über einen verstärkten Geheimdienst verfügen, der jede mögliche Durchdringung der Geheimnismauer verhüten soll.»

Jungk erläutert das dann an einem praktischen Beispiel:

«In den Vereinigten Staaten ist nur ein Zehntel der Volksvertreter, nämlich die Angehörigen der vereinten Atomkommission des Kongresses und ein Teil der Mitglieder der ‚Armed Forces Committees‘, über die Atombewaffnung informiert. Erhalten Länder wie die Schweiz oder die Bundesrepublik von den Amerikanern atomare Sprengköpfe – sei es sofort oder sei es erst im Augenblick einer akuten Kriegsgefahr –, so müssen die Amerikaner natürlich darauf achten, daß die Geheimhaltung in diesen Ländern mindestens so strikt ist wie in den USA selbst. Das bedeutet aber: die große Mehrzahl aller